

Wende ohne Anschluss



Vor der Küste erzeugter Windstrom ist günstig wie nie, aber die Politik bremst die Branche aus. Daran könnte die Energiewende scheitern VON DIRK ASENDORPF

Es sind herausragende Neubauten: In Sichtweite der ostfriesischen Insel Borkum erhebt sich ein Dutzend nagelneuer Windmühlen jeweils 150 Meter über dem Meer. Hightech vom Feinsten, dank größerer Erfahrung flott errichtet. Doch der Fortschritt läuft ins Leere. Die Rotoren stehen still – der Anschluss ans Stromnetz fehlt.

Leider hat solcher Stillstand System, nicht nur vor Borkum. Zwar gilt die Offshore-Windenergie offiziell als zentrales Element der Energiewende, als entscheidender Ersatz für die Kernkraft. Aber bisher wurde noch jedes der Projekte verzögert. Vor Borkum etwa haben diffuse Zuständigkeiten und Haftungsfragen, lange Genehmigungsprozesse und schließlich der Fund von Weltkriegsmunition den Netzanschluss stark verzögert. Zusätzlich zwingen unklare Rahmenbedingungen die Offshore-Branche in die Knie. Die Energiewende steht auf der Kippe.

Eigentlich sollte der Strom vom Meer – neben Windkraft und Photovoltaik an Land – zur dritten tragenden Säule unserer künftigen Elektrizitätsversorgung werden. So hatte es die rot-grüne Bundesregierung 2002 mit ihrem Atomausstiegplan verkündet. Und so hatte es die schwarz-gelbe Regierung nach Fukushima erneut beschlossen. Die Grafik mit entsprechenden Ausbauzielen war dafür aus dem Werbematerial der Windlobby eilig in die Kabinettsvorlage kopiert worden. 2000 Offshore-Windräder mit zehn Gigawatt Gesamtleistung – das entspricht in etwa der Jahresstromproduktion von fünf Atomkraftwerken – sollten demnach bis 2020 ans Netz gehen, im folgenden Jahrzehnt mindestens noch einmal so viele.

Doch vom geplanten raschen Atomkraftersatz haben sich inzwischen selbst die Lobbyisten der Windenergie verabschiedet. Das wurde in der vergangenen Woche in Bremerhaven klar, als 800 Experten aus Industrie und Wissenschaft auf dem jährlichen Branchentreff, der Windforce-Konferenz, diskutierten.

»Das Ziel für 2020 ist sicherlich nicht mehr erreichbar«, sagt Jörg Kuhbier, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Offshore-Windenergie, früherer SPD-Umweltsenator in Hamburg. Dem stimmt auch der Offshore-Optimist Jens Eckhoff von der CDU zu, Konferenzorganisator und ehemaliger Bremer Umweltsenator. In Nord- und Ostsee sind bisher nur Windparks mit 0,3 Gigawatt Leistung am Netz, im Bau sind weitere 2,7 Gigawatt. Experten rechnen statt mit zehn nun mit weniger als sechs Gigawatt bis 2020. Viele Windparks sind zwar genehmigt. Aber alle Investitionsentscheidungen liegen auf Eis.

Die Strompreibremse der Politik verunsichert die Investoren

Schuld an der Verzögerung ist der Streit um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dieses kurbelt die Ökostromproduktion zwar wunschgemäß an, belastet aber einseitig die Verbraucher. Vor allem die privaten Stromkunden müssen die wachsende Differenz zwischen dem niedrigen Preis von (zeitweise sogar überschüssigem) Strom an der Börse und dem hohen Garantiepreis bezahlen, den Ökostromerzeuger 20 Jahre lang gemäß EEG kassieren. So sank im vergangenen Monat der Börsenpreis für (Öko-)Strom auf das Rekordtief von

3,25 Cent pro Kilowattstunde, während seine Produzenten ein Vielfaches dafür erhalten. Sogar die EU-Kommission kritisiert das EEG-Umlagensystem als wettbewerbsverzerrend.

Entsprechend fabulieren die Politiker von einer »Strompreibremse«, um die Verbraucher zu schützen. Das allerdings verunsichert die Investoren: Wie ein Fanal wirkten im Februar die Vorschläge von Umweltminister Peter Altmaier und Wirtschaftsminister Philipp Rösler. Sie wollten unter anderem die Einspeisevergütung für bereits gebaute Anlagen kürzen. Kanzlerin Merkel piffte ihre Minister zwar öffentlich zurück, doch das Vertrauen war perdu. Jeder Investor wusste nun: Das EEG ist angezählt, die goldenen Zeiten sind vorbei. Umgehend erhöhten die Banken ihre Risikoaufschläge für Offshore-Finanzierungen. Schließlich fehlt jedem Wirtschaftsplan die Verlässlichkeit, wenn Vergütungen im Nachhinein geändert werden könnten.

Wie die Energiewende besser gesteuert werden könnte, darüber ist die Politik tief zerstritten. Da wird auch das Treffen mit den Ministerpräsidenten nicht helfen, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Donnerstag geladen hat. »Bis zur Bundestagswahl wird sich an der großen Unsicherheit leider nichts mehr ändern«, meint Windfreund Eckhoff, der das Ohr dicht an der CDU-Parteiführung hat. Politischer Hickhack wird die überfällige Grundsicherung des EEG blockieren – und damit auch die junge Offshore-Branche.

Selbst wenn die Regelungen des EEG zunächst unangetastet blieben – wie sie nach 2017 aussehen sollen, ist völlig unklar. Das ist Gift.

Denn die Milliardeninvestitionen für Offshore-Windparks brauchen einen langen Vorlauf. Der Zitterstillstand hat bereits Folgen: 5000 Arbeitsplätze sind bedroht, sagt die Arbeitsagentur. Hunderte Leiharbeiter wurden entlassen, es gab erste Insolvenzen.

Staatliche Fehlplanungen beruhen auf längst überholten Zielen

Und der nächste Schildbürgerstreich ist bereits in Arbeit. Um Stillstände wie vor Borkum zu vermeiden und neue Offshore-Windparks rechtzeitig anschließen zu können, soll der Netzausbau nun nach einem Zehnjahresplan der Bundesregierung verlaufen. Der erste Entwurf dazu liegt vor. Er geht weiterhin von den 2002 angepeilten Zielen aus – die längst überholt sind. Daher drohen erhebliche Überkapazitäten, die nach Berechnungen einer vom Netzbetreiber TenneT beauftragten Studie zu Leerlaufkosten von bis zu einer Milliarde Euro im Jahr 2021 führen könnten. Hingegen ist eine Vernetzung in- und ausländischer Windparks, die Hunderte Kabelkilometer sparen und die Ausfallsicherheit erhöhen würde, selbst langfristig nicht in Sicht.

Das Chaos verteuert Offshore-Windstrom unnötig. Dabei könnte er sogar billiger werden. Der durchschnittliche Ertrag aller Windräder auf dem Meer war 15 Prozent höher als erhofft. Wenn jedoch die notwendigen Investitionen für Jahrzehnte zum Spielball kurzatmiger Politik verkommen – dann wird die Energiewende scheitern.

www.zeit.de/audio

Fotos: Kathrin Rinne für DIE ZEIT, Bevilacqua/SPL/Agentur Focus (3)

Durchleuchteter Nachwuchs

Genests für Föten werden bald zur Regel

Als sich die europäischen Humangenetiker am vergangenen Wochenende in Paris zur Jahrestagung versammelten, ahnte man schon bei der Lektüre der Agenda: Das alles beherrschende Thema in den Sälen des Palais des Congrès würde die Diagnostik des werdenden Lebens sein. Die Genetik wird den Menschen künftig eine nie gekannte technische Kontrolle ihrer Fortpflanzung ermöglichen. Beim Kinderkriegen, diesen Eindruck hinterlässt der Kongress der European Society of Human Genetics überdeutlich, steht ein Paradigmenwechsel bevor.

Als Erstes wird die Schwangerschaftsvorsorge umgekrempelt werden. Die Untersuchung der Erbmoleküle des Fötus im Mutterblut avanciert zu einem universellen Test – auch wenn deutsche Experten noch zögern. Bislang sind Analysen wie der Praena-Test des deutschen Unternehmens LifeCodexx sogenannten Risikoschwangerschaften vorbehalten (ZEIT Nr. 6/2013). Sie werden etwa bei Frauen über 35 mit einem auffälligen Ultraschallbefund angewandt, wenn ein Verdacht auf Trisomie 21 oder eine andere Chromosomenstörung des Fötus besteht.

Am vergangenen Freitag jedoch sprach sich ausgerechnet die Galionsfigur des konventionellen Ultraschall-Screenings für einen generellen Schwenk zu Verfahren wie dem Praena-Test aus: Kypros Nicolaides vom Londoner King's College hat die Ergebnisse der herkömmlichen Untersuchung im ersten Schwangerschaftsdrittel mit denen eines der neuen Bluttests bei über 1000 Frauen zwischen 20 und 48 Jahren verglichen. Beide Verfahren entdeckten die Chromosomenstörungen der Föten, doch die konventionelle Untersuchung schlug bei 33 Frauen falschen Alarm, der Bluttest nur einmal. Fazit: Das Screening auf Downsyndrom und andere Chromosomenfehler durch einen Bluttest in der frühen Schwangerschaft ist offenbar dem Ultraschall überlegen. Ariosa Diagnostics, der Hersteller, will seinen Test nun an weiteren 19 000 Schwangeren überprüfen. Spätestens dann wird er allen angeboten werden können, egal, ob sie als Risikofälle oder nicht gelten.

Längst zeichnet sich die Einführung umfassender genetischer Durchleuchtungsverfahren auch im Rahmen der künstlichen Befruchtung ab. Unsere Gesellschaft muss auf viele Fragen neue Antworten finden. Etwa: Wie regelt man Aufklärung und Beratung der Betroffenen, ihr Recht auf Wissen und Nichtwissen? Die vornehmste Aufgabe der Humangenetik, das mahnte auch Tagungspräsident Stanislas Lyonnet in seiner Eröffnungsrede an, wird sein – human zu bleiben.



Der Fötus steht unter genauer Beobachtung

ULRICH BAHNSEN

Windparks ohne Netzanbindung



sind noch das geringste Problem beim Energie-Hickhack

Lernen Sie Ihren inneren Saboteur kennen!

Manchmal vermasseln wir unsere besten Chancen, kommen irgendwie nicht zu Potte, machen unerklärliche Fehler. Warum dies nicht einfach nur blöd ist, sondern uns auch nützen kann, erläutert unsere Titelgeschichte.

- + Warum uns etwas (gar nicht) schmeckt
- + Warum Psychotherapien manchmal schaden
- + Warum kluge Menschen öfter lügen

Jetzt am Kiosk

PSYCHOLOGIE HEUTE

Was uns bewegt.

www.psychologie-heute.de

BELTZ



Das aktuelle Sonderheft

